

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Union

**143. Versammlung der Interparlamentarischen Union
vom 26. bis 30. November 2021 in Madrid, Spanien**

Inhaltsverzeichnis

Seite

I.	Teilnehmende der deutschen Delegation	2
II.	Schwerpunkte der Versammlung	2
III.	Generaldebatte zum Thema „Aktuelle Herausforderungen für die Demokratie – Spaltung überwinden und die Gemeinschaft stärken“	2
IV.	Dringlichkeitstagesordnungspunkt	3
V.	Ständige Ausschüsse	4
VI.	Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern	4
VII.	Forum der Parlamentarierinnen	5
VIII.	Forum der jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier	5
IX.	Side Events und weitere Veranstaltungen	6
X.	Vereinigung der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre der Parlamente (ASGP)	6
XI.	Zukünftige Versammlungen der IPU	6
XII.	Verabschiedete Erklärungen und Entschlüsse	7
a.	Erklärung von Madrid	7
b.	Entschließung zum Dringlichkeitstagesordnungspunkt	11
c.	Entschließung des Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte	13
XIII.	Reden der Delegationsmitglieder	17

I. Teilnehmende der deutschen Delegation

Die 143. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) fand vom 26. bis 30. November 2021 in Madrid, Spanien, statt. Für den Deutschen Bundestag nahmen folgende Delegationsmitglieder teil:

Abgeordneter **Dr. Johann David Wadephul** (CDU/CSU), Delegationsleiter,

Abgeordnete **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter **Till Mansmann** (FDP),

Abgeordneter **Ulrich Lechte** (FDP).

II. Schwerpunkte der Versammlung

Die 143. Versammlung der IPU tagte erstmals seit zwei Jahren wieder physisch. Hieran haben 537 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 117 Mitgliedsparlamenten sowie Vertreterinnen und Vertreter assoziierter Organisationen teilgenommen. Unter den Teilnehmenden waren 38 Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten sowie 32 stellvertretende Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten. Insgesamt gehörten 205 Parlamentarierinnen den verschiedenen Delegationen an, was einem Frauenanteil von 38,2 Prozent entspricht. Die Versammlung wurde durch den Präsidenten der IPU, **Duarte Pacheco** (Portugal), geleitet.

Die deutsche Delegation hat auf der IPU-Versammlung die Lage in und um Belarus zur Sprache gebracht. In einem Entwurf für einen Dringlichkeitsantrag wurde das Regime aufgefordert, das Verbringen angeworbener Migranten an die Grenzen zu Polen und den baltischen Staaten zu unterlassen und stattdessen humanitäre Hilfe zuzulassen.

Die Versammlung widmete sich in der Generaldebatte dem Thema „Aktuelle Herausforderungen für die Demokratie – Spaltung überwinden und die Gemeinschaft stärken“ und beschäftigte sich mit den aktuellen Herausforderungen für das Funktionieren der Demokratie. Die Generaldebatte bot den Delegierten die Möglichkeit, Vorschläge zu unterbreiten, wie politische Systeme und Parlamentarier eine Kultur der Zusammenarbeit und des politischen Dialogs fördern können, um Spaltungen zu überwinden und integrative Gesellschaften aufzubauen. Im Ständigen Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte standen außerdem Diskussionen über den Entschließungsentwurf „Die weltweite Gesetzgebung zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet“ auf der Tagesordnung.

Die geopolitische Gruppe der Zwölf Plus, der die deutsche Delegation angehört, kam zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen, in denen die Mitglieder insbesondere über die zur Abstimmung anstehenden Dringlichkeitsanträge und den zur Beratung anstehenden Entschließungsentwurf diskutierten. Außerdem standen Wahlen für vakante Positionen in Gremien der IPU an.

Eine Kurzzusammenfassung der Ergebnisse der 143. Versammlung der IPU sowie die während der Versammlung verabschiedeten Dokumente sind unter dem folgenden Link abrufbar: www.ipu.org/event/143rd-assembly-and-related-meetings.

III. Generaldebatte zum Thema „Aktuelle Herausforderungen für die Demokratie – Spaltung überwinden und die Gemeinschaft stärken“

In der Generaldebatte der 143. IPU-Versammlung, an der sich 119 Parlamentarierinnen und Parlamentarier beteiligten, ging es um die aktuellen Herausforderungen für die Demokratie. Angesichts des schwindenden Vertrauens der Öffentlichkeit in die politischen Systeme, der zunehmenden Polarisierung und der Verbreitung von Desinformationen über die sozialen Medien diskutierten die IPU-Mitglieder über die Möglichkeiten der Parlamente, um diese Probleme anzugehen. Die Parlamentarier tauschten sich darüber aus, wie sie sich sinnvoller in die Öffentlichkeit einbringen können und wie sie sicherstellen können, dass die Entscheidungsfindung so inklusiv und repräsentativ wie möglich ist. Diskutiert wurde außerdem über den Umgang mit Drohungen gegen Parlamentarier, ob physisch oder im Internet.

Abgeordneter **Till Mansmann** (FDP) betonte in seiner Rede zunächst die Bedeutung von supranationalen Gesellschaften, um globalen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, der COVID-19-Pandemie oder der Migrationskrise zu begegnen. Voraussetzung für die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und einer gemeinsamen Rechtsordnung sei die kollektive Identität, die Menschen aller Nationen verbinde. Die Europäische Union als supranationale Organisation habe insbesondere bei der Vereinheitlichung von Rechtsgrundlagen und Wettbewerbsbedingungen große Erfolge erzielt, weshalb sie künftigen supranationalen Organisationen als Vorbild dienen könne. Angesichts der gravierenden Spaltung der Gesellschaft, zum Beispiel in Bezug auf COVID-19-Impfstoffe oder die Umgestaltung der Wirtschaft im Kampf gegen den – auch vom Menschen verursachten – Klimawandel, dürfe man keine schnellen und einfachen Lösungen erwarten. Parlamente könnten mit den ihnen zur Verfügung stehenden politischen Instrumenten dazu beitragen, diese Spaltung zu überwinden. Er warb ebenso für die Einhaltung multilateraler Verträge und die fortwährende Vermehrung des globalen Wohlstandes. Mithilfe dieser beiden Ansätze könnten Fortschritte hinsichtlich der Lösung aktueller Problemlagen erzielt werden.

Abgeordneter **Ulrich Lechte** (FDP) sprach in der Generaldebatte als Vertreter des Forums junger Parlamentarierinnen und Parlamentarier über den Entschließungsentwurf „Die weltweite Gesetzgebung zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet“.

IV. Dringlichkeitstagesordnungspunkt

Auf Initiative des Delegationsleiters Abgeordneten **Dr. Johann David Wadephul** (CDU/CSU) brachte die Bundestagsdelegation einen Dringlichkeitsantrag „Beendigung des Menschenhandels, Unterbindung von Menschenrechtsverletzungen und Einsatz für freie und faire Wahlen in Belarus“ ein. Hierin wurde das Regime aufgefordert, das Verbringen angeworbener Migranten an die Grenzen zu Polen und den baltischen Staaten zu unterlassen und stattdessen humanitäre Hilfe zuzulassen. Der Antragsentwurf wurde vorab insbesondere mit den baltischen Ländern, Polen und der Ukraine abgestimmt und fand große Zustimmung in der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus.

Neben drei weiteren Vorschlägen für Dringlichkeitsanträge wurde von der mexikanischen Delegation das Thema „Impulse für die regionale Entwicklung von Ländern mit einem hohen Anteil an internationaler Migration“ eingereicht. Um die Erfolgsaussichten für die Annahme des Dringlichkeitsantrags durch die Versammlung zu erhöhen, wurde vor Ort ein gemeinsamer Entwurf mit der mexikanischen Delegation erarbeitet „Parlamentarische Impulse für die lokale und regionale Entwicklung von Ländern mit hoher internationaler Migration und zur Beendigung aller – auch staatlich gestützter – Formen von Menschenhandel und Menschenrechtsverletzungen“. Nach zunächst positiven Signalen aus der mexikanischen Delegation entschied diese schließlich, ihren eigenen Dringlichkeitsantrag nicht zurückzuziehen. So hielt die deutsche Delegation ihren ursprünglich eingereichten Antrag aufrecht, dem sich zwischenzeitlich Estland, Lettland, Litauen, die Niederlande, Polen, Ukraine und Großbritannien angeschlossen hatten.

Die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag sollte am Samstagabend, 27. November, stattfinden. Allerdings wurde im Laufe des Samstagvormittags bekannt, dass die afrikanischen Länder einen Dringlichkeitsantrag zum Thema global gerechte Verteilung des COVID-19-Impfstoffs vorschlagen würden.

Wegen des besonderen Abstimmungsverfahrens, das laut IPU-Geschäftsordnung vorsieht, für einen Antrag und gegen alle anderen Anträge zu stimmen, zeichnete sich im Laufe des Samstagvormittags ab, dass die Mitglieder der Zwölf Plus-Gruppe mehrheitlich nicht für den Belarus-Antrag, sondern für den Antrag zur globalen Impfgerechtigkeit stimmen würden. Deshalb entschloss sich Delegationsleiter Abgeordneter Dr. Wadephul, sein Rederecht von drei Minuten als Initiant des Belarus-Antrags zu nutzen. Hierin kritisierte er das belarussische Regime deutlich und bezeichnete die vom belarussischen Regime ausgeübte Praxis als Staatsterrorismus, bei dem Menschen als Waffen eingesetzt würden. Diesem müsse die internationale Gemeinschaft ein Stoppsignal entgegensetzen. Er forderte freie und faire Wahlen in Belarus und zog schließlich unter großem Applaus der Versammlung den deutschen Antrag zugunsten des afrikanischen zurück. Diesem Beispiel folgend, zogen die anderen Initianten ihre Dringlichkeitsanträge zugunsten des Antrags der afrikanischen Staaten zurück.

Delegationsleiter Abgeordneter Dr. Wadephul erklärte sich gemeinsam mit dem Abgeordneten **Andries Gryffroy** (Belgien) bereit, für die Zwölf Plus-Gruppe am Redaktionsausschuss für den Dringlichkeitsantrag teilzunehmen. Der von den afrikanischen Staaten vorgelegte Entschließungsentwurf zur gerechten Impfstoffverteilung, dem in der Zwischenzeit auch Russland als Ko-Sponsor beigetreten war, enthielt unter anderem die Forderung nach Freigabe der Impfpatente, was für die EU eine inakzeptable Forderung ist. Da der Abgeordnete Dr. Wadephul zum

Vorsitzenden des Redaktionsausschusses gewählt wurde, konnte er moderierend im Konsens mit den anderen Mitgliedern des Redaktionsausschusses und Initiatoren des Dringlichkeitsantrags bestimmte Forderungen positiv hinsichtlich der EU-Position beeinflussen. Die vom Redaktionsausschuss geänderte Entschließung zum Dringlichkeitspunkt „Die Nutzung der weltweiten parlamentarischen Unterstützung für Impfgerechtigkeit bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie“ wurde letztlich von der IPU-Versammlung einstimmig verabschiedet.

V. Ständige Ausschüsse

Im **Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte** war der Deutsche Bundestag durch die Abgeordneten **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und **Till Mansmann** (FDP) vertreten. Hier wurde der von den Berichterstattern vorgelegte Entschließungsentwurf „Die weltweite Gesetzgebung zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet“ debattiert. Dazu lagen 80 Änderungsanträge aus 16 Mitgliedspartimenten vor. Ein von der deutschen Delegation eingereichter Änderungsantrag wurde durch den Abgeordneten Mansmann erläutert und vom Ausschuss angenommen. Die Entschließung wurde in ihrer geänderten Fassung von der Versammlung angenommen. Hierin wird die Notwendigkeit unterstrichen, die sexuelle Ausbeutung und den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet auf allen Ebenen zu bekämpfen, um Kinder vor dieser Form von Ausbeutung von Anfang an zu schützen. Die Parlamente werden nachdrücklich aufgefordert, gezielte, umfassende und harmonisierte Rechtsrahmen für die Einführung von Gesetzen zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet auf nationaler Ebene zu schaffen sowie dafür zu sorgen, dass eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit etabliert wird. Außerdem werden die Parlamente aufgefordert, Gesetze zu verabschieden, die soziale Netzwerke verpflichten, ihre Maßnahmen zur unverzüglichen Aufdeckung und Löschung von Inhalten zu verstärken, die die sexuelle Ausbeutung und den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet darstellen. Schließlich wurde auf Vorschlag des Delegationsleiters Abgeordneter **Dr. Johann David Wadephul** (CDU/CSU) der ursprünglich als Dringlichkeitsantrag eingebrachte Text zu Migration als Entschließungsthema für die übernächste Versammlung gewählt. Ko-Berichterstatter sind die Abgeordneten Fadli Zon aus Indonesien und Silvia Nane aus Uruguay. Die Berichterstatter werden nun innerhalb der nächsten zwölf Monate den Entwurf einer erläuternden Einführung und einer Entschließung zum Thema „Parlamentarische Impulse für die lokale und regionale Entwicklung von Ländern mit hoher internationaler Migration und zur Beendigung aller – auch staatlich gestützter – Formen von Menschenhandel und Menschenrechtsverletzungen“ erstellen. Dazu soll auf der 144. IPU-Versammlung eine Expertenanhörung stattfinden.

Im **Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit** fand eine Expertenanhörung zum Thema „Die Neubewertung und Umgestaltung der Ansätze für Friedensprozesse zwecks Förderung eines dauerhaften Friedens“ statt. Hierzu wird derzeit ein Entschließungsentwurf erarbeitet, der auf der 144. IPU-Versammlung verabschiedet werden soll. Ziel der Anhörung war es, den Ausschussmitgliedern einen umfassenden Einblick in das Thema und seine Relevanz zu geben. Sechzehn Redner, darunter die beiden Ko-Berichterstatter, eine Beobachterorganisation und fünf Experten, nahmen an der Debatte teil.

Im **Ausschuss für nachhaltige Entwicklung** wurde ebenfalls eine Expertenanhörung zum kommenden Entschließungsthema abgehalten. Die Ausschussmitglieder befassten sich mit dem Thema „Die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie als Wegbereiter für den Bildungssektor, auch in Zeiten der Pandemie“. Auch diese Entschließung soll auf der 144. IPU-Versammlung verabschiedet werden. Außerdem fand im Ausschuss eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die Auswirkungen des Klimawandels auf natürliche Ressourcen: Wie können die Parlamente den inklusiven Zugang zu und die Verfügbarkeit von Wasser gewährleisten?“ statt.

Im **Ausschuss für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen** fanden zwei Podiumsdiskussionen statt. Eine beschäftigte sich mit dem Thema „Die weltweite Impfkampagne zur Beendigung der COVID-19-Pandemie: Erfahrungen aus der WHO und der WTO“, die andere mit einem Bericht des VN-Generalsekretärs zur gemeinsamen Agenda des Ausbaus der Zusammenarbeit zwischen IPU und VN.

VI. Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern

Der Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern beschäftigte sich mit Menschenrechtsverletzungen, die 74 Parlamentarierinnen und 223 Parlamentarier in 13 Ländern betrafen. Der

Vorsitzende des Ausschusses hob hervor, Menschenrechtsverletzungen stellten eine erhebliche Gefahr für die Demokratie dar. Dies umso mehr, wenn sie gegen Menschen begangen würden, die vom Volk gewählt wurden. Die Mitglieder der IPU müssten die Rechte der gefährdeten Parlamentarier stärker verteidigen und Solidarität zeigen. Er forderte, den Ausschuss über jede parlamentarische oder persönliche Initiative in diesem Bereich zu informieren und sicherte die notwendige Unterstützung zu. Der Bericht des Ausschusses wurde dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages zugeleitet. Mehr Informationen zu den einzelnen Fällen und zur Arbeit des IPU-Ausschusses sind unter folgendem Link zu finden: www.ipu.org/about-ipu/structure-and-governance/governing-council/committee-human-rights-parliamentarians.

VII. Forum der Parlamentarierinnen

Das Forum der Parlamentarierinnen, an dem die Abgeordnete **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilnahm, widmete sich zunächst dem Entschließungsentwurf der Versammlung zur sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet. Nach einer kurzen Vorstellung von Ko-Berichterstatterin **Arda Gerkens** (Niederlande) wurde der Entwurf aus geschlechterspezifischen Perspektiven beraten. Neben einer Gesetzgebung, die Opfer in den Mittelpunkt stelle, bedürfe es zur Bekämpfung sexueller Ausbeutung von Kindern im Internet ebenso einer präventiven Vorgehensweise. Erforderlich sei daher eine verstärkte Aufklärung der Kinder, sodass diese sich auch selbst zu schützen wüssten und Vorfälle sexuellen Missbrauchs eigenständig meldeten. Eine weitere Podiumsdiskussion befasste sich mit der geschlechtergerechten Ausgestaltung von Gesetzen. Die Teilnehmenden forderten die Verabschiedung von Gesetzen, die die Rechte sowie die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen berücksichtigten. Diese Gesetze seien regelmäßig auf ihre Effizienz zu beurteilen. Sowohl bei der Umsetzung von Gesetzesvorhaben als auch bei der Prüfung des Staatsetats seien die genderspezifischen Auswirkungen stets zu beachten. Betont wurde die Wirksamkeit von Instrumenten, wie etwa ständiger Ausschüsse für die Gleichstellung der Geschlechter und parlamentarischer Frauengruppen. Zugleich müssten jedoch die Anstrengungen im Bereich der Gleichstellung weiter ausgebaut werden.

VIII. Forum der jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Auf dem Forum der jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier vertrat der Abgeordnete **Ulrich Lechte** (FDP) den Deutschen Bundestag. Er fungierte zugleich als Berichterstatter des Forums zum Entschließungsentwurf „Die weltweite Gesetzgebung zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet“. In seiner Rede in der Generaldebatte sprach er von einer „globalen Epidemie des Kindesmissbrauchs“ und verwies auf die digitale Anonymität und den durch das Internet bedingten erleichterten Zugang zu Bild- und Videomaterial sowie dessen unkontrollierte Verbreitung. Um dagegen vorzugehen, bedürfe es von Seiten der nationalen Parlamente um einen einheitlicheren Rechtsrahmens sowie Gesetzen, die die Herstellung, Verbreitung, den Verkauf und Besitz von Inhalten, die die sexuelle Ausbeutung von Kindern zeigten, unter Strafe stellten. Überdies müsse die globale Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung dieser Delikte durch den Austausch relevanter Informationen forciert werden. Wesentlich sei, den Fokus auf Prävention durch verstärkte Aufklärungsarbeit zu richten.

Ferner informierte Abgeordneter Lechte über die Arbeit des Forums. Er berichtete, dass sich die jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier bezüglich des thematischen Schwerpunktes der Generaldebatte zu den aktuellen Herausforderungen für die Demokratie einvernehmlich dafür aussprächen, demokratische Strukturen inklusiver und jugendfreundlicher zu gestalten. Nur so könne Demokratie auch zukünftig stark sein. Hierzu habe ebenfalls die Kampagne der IPU „I Say Yes to Youth in Parliament!“ beigetragen. Zudem wurden Informationen aus den verschiedenen Ländern zu den erzielten Fortschritten hinsichtlich der Teilhabe der Jugend ausgetauscht. Beispielhaft angeführt wurden dabei Maßnahmen zur Freihaltung von Parlamentssitzen für jüngere Kandidierende. Überdies teilten die Teilnehmenden ihre Erfahrungen bei der Einrichtung von Netzwerken und Foren junger Abgeordneter. Die nationalen Delegationen sollten bei künftigen Versammlungen einen höheren Frauenanteil erzielen. Er gab außerdem bekannt, dass die globale Konferenz junger Parlamentarierinnen und Parlamentarier sich im kommenden Jahr mit dem Klimawandel befassen werde. In Bezug auf die von der IPU-Versammlung zu verabschiedende neue Strategie 2022-2026 forderten die jungen Abgeordneten, Jugendbeteiligung als eigenständiges Politikfeld aufzunehmen. Diese Forderung wurde schließlich in die neue IPU-Strategie 2022-2026 aufgenommen.

IX. Side Events und weitere Veranstaltungen

Im Vorfeld der Versammlung entstand innerhalb der Zwölf Plus-Gruppe die Idee, die belarussische Oppositionsführerin **Swetlana Tichanowskaja** zu einem Side Event zur IPU-Versammlung nach Madrid einzuladen. Diese Idee konnte letztlich wegen Terminschwierigkeiten seitens Frau Tichanowskaja nicht realisiert werden. Aber die belarussische Opposition entsandte einen Vertreter, Herrn **Dzianis Kachynski**, mit dem die Zwölf Plus-Gruppe ein Gespräch führte und der seinen Aufenthalt in Madrid für diverse bilaterale Gespräche nutzte, unter anderem mit der deutschen IPU-Delegation. Weitere Side Events waren ein Workshop zum Klimawandel sowie ein Workshop zum interreligiösen Dialog.

X. Vereinigung der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre der Parlamente (ASGP)

Parallel zu der Tagung der IPU kam die Vereinigung der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre der Parlamente (ASGP) zusammen. Die Vereinigung ist nach Artikel 29 der IPU-Satzung ein beratendes Gremium der Interparlamentarischen Union. Ziel der Vereinigung ist es, den Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen den Generalsekretären (Direktoren) der Parlamente zu stärken und zwar unabhängig davon, ob das Parlament Mitglied in der IPU ist.

An den Sitzungen der ASGP in Madrid nahm der Direktor beim Deutschen Bundestag, Staatssekretär Dr. Lorenz Müller, teil. In der Generaldebatte ging es um die Bedeutung der parlamentarischen Ausschüsse im Gesetzgebungsprozess. In einem gemeinsamen Workshop von IPU, ASGP und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) wurde das Thema „Öffentliches Engagement in der Parlamentsarbeit: Herausforderungen, Chancen und bewährte Verfahren“ beraten.

Der stellvertretende Direktor des Bundesrates, Ministerialdirektor Dr. Georg Kleemann, wurde in den Exekutivausschuss der ASGP gewählt.

XI. Zukünftige Versammlungen der IPU

Die 144. Versammlung der IPU soll vom 20. bis 24. März 2022 in Nusa Dua, Indonesien, stattfinden. Tagungsort der 145. Versammlung soll vom 19. bis 23. Oktober 2022 Kigali, Ruanda, sein.

Berlin, den 14. Januar 2022

Dr. Johann David Wadephul
Delegationsleiter

XII. Verabschiedete Erklärungen und Entschlüsse

a. Erklärung von Madrid: Aktuelle Herausforderungen für die Demokratie – Spaltung überwinden und Gemeinschaft aufbauen

unterstützt von der 143. IPU-Versammlung (Madrid, 30. November 2021)

Als Mitglieder der Parlamente und Vertreter des Volkes ist es unsere primäre Verantwortung, unseren Gemeinschaften mithilfe eines Systems der demokratischen Staatsführung zu dienen, in dem jede Stimme zählt. Die Welt bemüht sich, eine Vielzahl von Herausforderungen zu überwinden, die durch soziale, politische, wirtschaftliche und gesundheitspolitische Umbrüche verursacht wurden. Gesellschaftliche Spaltungen und eine Verschlechterung des sozialen Friedens wirken sich auf den Zustand der Demokratie aus, insbesondere auf die Institutionen, die demokratische Werte in die Praxis umsetzen.

In der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung verpflichteten sich die Regierungen der Welt, friedliche und inklusive Gesellschaften zu fördern, die Zugang zur Gerechtigkeit für alle bieten und effektive, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen. Als Parlamente teilen wir die Verpflichtung, diese Ziele zu erreichen.

Indem wir dies tun, werden wir die Demokratie auf nationaler und globaler Ebene stärken. Wir sind überzeugt, dass die Überwindung der sozialen Spaltungen, Vereinen statt Teilen, das Fördern von Hoffnung anstatt Hass, das Bündeln von Kräften und die Suche nach gemeinsamen Grundlagen von entscheidender Bedeutung sind, um die derzeitigen Herausforderungen für die Demokratie zu bewältigen.

Diese Herausforderungen sind zahlreich. Die zunehmende Wahrnehmung, dass das politische Establishment den Kontakt zur Bevölkerung verliert, hat dem Aufstieg des Populismus beschleunigt und die gesellschaftlichen Spaltungen vertieft. Überall auf der Welt sind ein schwindendes Vertrauen in die politischen Systeme, zunehmende wirtschaftliche Unterschiede, strukturelle Ungleichheiten sowie eine zunehmende Loslösung und wachsende Polarisierung zu erleben. Junge Menschen unter dreißig stellen ungefähr die Hälfte der Weltbevölkerung, sind aber in unverhältnismäßig hohem Maße nicht an den Entscheidungsprozessen beteiligt. In dem Maße, wie die jungen Menschen von heute zu den Erwachsenen von morgen werden, wird das Versäumnis, sie auf zielführende Weise einzubinden, den Zusammenhalt unserer Gesellschaften weiter unterminieren.

Technische Weiterentwicklungen wie die sozialen Medien haben unglaubliche Beiträge im Hinblick auf den Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen und neuen Formen des Austauschs geleistet. Dieselben Instrumente haben jedoch auch den Fluss von Falschinformationen erleichtert, Ärger und Frust verbreitet und Auswirkungen auf die Struktur der Gesellschaft gehabt. Im Kontext der weltweiten Pandemie wurden sie in einigen Fällen dafür genutzt, wissenschaftliche Erkenntnisse und nationale Impfkampagnen zu unterminieren, was sich negativ auf die öffentliche Gesundheit ausgewirkt hat. Allzu leicht werden sie als Instrumente genutzt, um vorsätzlich Misstrauen zu säen und Hass zu verbreiten. Sexistische Hassrede und Online-Belästigung betreffen insbesondere Frauen und dienen als ein Mittel, um ihre Legitimität und ihr Recht in Frage zu stellen, am demokratischen Prozess teilzunehmen.

Polarisierung und Populismus sind keine neuen Konzepte, doch der derzeitige Kontext bietet die Voraussetzungen dafür, dass sie florieren. Der Grad der Polarisierung hat neue Ausmaße erreicht. Ein Parteienwettbewerb ist normal und gesund, doch eine intensive Polarisierung bringt erhebliche Gefahren mit sich. Sie durchdringt die gesamte Gesellschaft und beeinflusst die alltäglichen Interaktionen. Sie verfügt über das Potenzial, die Kultur der Toleranz zu beschädigen, Konflikte zu verstärken und das Misstrauen auszuweiten. Sie kann auch die Effektivität unserer demokratischen Institutionen erheblich aushöhlen.

Die COVID-19-Pandemie hat die bestehenden Herausforderungen weiter verschärft und die demokratischen Prozesse beschädigt, was dazu führte, dass evidenzbasierte Entscheidungen in Frage gestellt und letztendlich die Fähigkeit des demokratischen Modells, Notsituationen zu bewältigen und sich von ihnen zu erholen, in Frage gestellt wurde.

Neue Ansätze für die Politik

Eine Politik, die sich auf Konfrontation und Spaltung gründet, unterminiert die Legitimität des gesamten Systems. Wir sind besorgt, dass eine verstärkte Polarisierung die Möglichkeiten verringert, breite Koalitionen in der Gesellschaft aufzubauen und mutige staatliche Maßnahmen zur Bewältigung dringender Fragen wie den Klimawandel umzusetzen.

Die Bewältigung der heutigen Herausforderungen für die Demokratie erfordert konzertierte Anstrengungen von uns allen. Politische Führung und Solidarität sind von entscheidender Bedeutung bei der Suche nach neuen Ansätzen für die Politik. Unsere Antwort muss auf einer erneuten Verpflichtung zu unseren demokratischen Kernwerten, auf Inklusivität und Problemlösungen über den Dialog und einen evidenzbasierten Ansatz basieren.

Bekämpfung von Falschinformationen und Hassrede

Gesetzgeberische und politische Maßnahmen sind notwendig, um die demokratische Widerstandsfähigkeit zu stärken und ein dynamisches Informations-Ökosystem zu schaffen, das zur Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und zur Wahrung der Grundrechte beiträgt. In unseren Parlamenten müssen wir wachsam in Bezug auf Bedrohungen für den bürgerlichen Raum und entschlossen in unserer Verteidigung der Meinungsfreiheit und der Meinungsvielfalt sein, während wir gleichzeitig Falschinformationen begegnen und schädliche Inhalte im Internet bekämpfen müssen.

Demokratien brauchen informierte Bürger mit einem soliden Verständnis, wie Demokratie funktioniert, und mit Fähigkeiten, sich an ihr zu beteiligen. So, wie wir unsere Bürger gegen die COVID-19-Pandemie impfen, müssen wir Immunität gegen Falschinformationen und Versuche, die öffentliche Meinung zu manipulieren, aufbauen. Wir müssen in Medienkenntnisse und staatsbürgerliche Erziehung in jedem Alter und für alle Sektoren der Gesellschaft investieren, um sicherzustellen, dass unsere Bevölkerungen gut informiert und mit der Fähigkeit zum kritischen Denken ausgestattet sind.

Wir erkennen die wichtige Rolle von Medien und Journalistinnen und Journalisten als Informationsquelle und als ein wesentlicher Teil freier und offener Gesellschaften an. Unterschwellige wirtschaftliche Veränderungen bedrohen die Nachhaltigkeit des unabhängigen Journalismus auf kommunaler und nationaler Ebene. Wir müssen neue Modelle erkunden, die die Meinungsvielfalt und kritische Sichtweisen in den Medien schützen.

Sowohl die traditionellen als auch die sozialen Medienunternehmen tragen die Verantwortung zu garantieren, dass unterschiedliche Meinungen ohne Angst vor Vergeltung oder Verfolgung geäußert werden können. Die Wahrung der Vielfalt muss durch diejenigen gefördert werden, die die öffentliche Debatte informieren und erleichtern. Als Parlamentarier müssen wir die Voraussetzungen für die freie Meinungsäußerung schaffen und gleichzeitig diejenigen, die an der öffentlichen Debatte teilnehmen, vor jeder Form von Gewalt, Sexismus und Belästigung, auch im Internet, schützen.

Wir sind uns der Schlüsselrolle des Privatsektors als treibende Kraft für Innovation und technologischen Wandel bewusst. Gleichzeitig können wir nicht tatenlos zusehen, wie Macht in den Händen einer kleinen Zahl von Online-Plattformen akkumuliert wird. Wir müssen einen konstruktiven Dialog zwischen zahlreichen Akteuren einleiten und geeignete regulatorische Antworten finden. Das zugrundeliegende Geschäftsmodell sozialer Medienplattformen basiert auf Engagement und Popularität und tendiert dazu, Polemik und Emotionen zu belohnen. Ein offener und inklusiver Dialog könnte die Neubewertung des derzeitigen Ansatzes zugunsten eines Modells, das den Menschen stärker in den Mittelpunkt stellt und außerdem private Daten schützen würde, beschleunigen.

Polarisierung verringern

Die zugrundeliegenden Faktoren für eine Polarisierung, wie wachsende wirtschaftliche Unterschiede und Ungleichheiten, der Ausschluss einiger gesellschaftlicher Gruppen von der politischen Auseinandersetzung und die Beeinträchtigung der Medienindustrie durch den technologischen Fortschritt, können nur überwunden werden, wenn ein starker politischer Wille vorhanden ist.

Eine Kernfunktion des parlamentarischen Ökosystems besteht darin, Vertrauen in die Demokratie zu fördern und die Relevanz repräsentativer Institutionen zu stärken. Effektive politische Systeme und Parlamentarier fördern eine Kultur der Kooperation und des Dialogs, um Spaltungen zu überwinden, inklusive Gesellschaften aufzubauen und Vertrauen zu fördern.

Es ist die Verantwortung der politischen Führung und gewählten Vertreter, in ihren Worten und Taten Respekt für die demokratischen Werte zu zeigen. Ein breiterer gesellschaftlicher Zusammenhalt kann aufgebaut werden, indem man eine giftige Rhetorik vermeidet, Bereitschaft zeigt, über Parteilinien hinaus zusammenzuarbeiten, und evidenzbasierte Entscheidungen fördert. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen ihre Funktion wahrnehmen, indem sie einer Polarisierung durch die Schaffung von Räumen im Parlament für den parteiübergreifenden Dialog begegnen. Sitzungen von Frauen sind häufig ein positives Beispiel dafür, wie Parteigrenzen überwunden werden können und gesetzgeberische Arbeit weniger feindselig und stärker evidenzbasiert sein kann. Es ist notwendig, ähnliche Ansätze in allen Parlamenten zu verfolgen.

Auch die Parteien müssen ihre Rolle spielen, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die demokratischen Systeme zurückzugewinnen und starke Institutionen aufzubauen, indem sie die Gesellschaft stärker repräsentieren und besser auf sie reagieren und ihre Wahlversprechen wahrmachen.

Wir bekräftigen, dass der politische Kompromiss ein Kernelement des demokratischen Prozesses ist und sind der Ansicht, dass die Fähigkeit, Einigungen zu erzielen, über Parteigrenzen hinaus zu kooperieren und das öffentliche Interesse über die Parteipolitik zu stellen, zu einer Entpolarisierung und zu einem nachhaltigen sozialen Frieden beiträgt.

Die Parlamente müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Stimmen in ihrer Institution gehört werden, gleich, ob sie der Mehrheit oder der Opposition angehören. Die interne Politik muss eine ausgewogene Beteiligung gewährleisten, unter Berücksichtigung der Vielfalt – gleich, ob sie auf der Parteizugehörigkeit, Geschlecht, Alter oder auf anderen Kriterien basiert – sowie Nulltoleranz gegenüber respektloser, diskriminierender und sexistischer Rede oder Verhalten im Parlament.

Die Parlamente müssen die Bemühungen zur Förderung der Nutzung von Evidenz bei politischen Entscheidungen unterstützen oder leiten, beispielsweise, indem sie die nationalen statistischen Kapazitäten stärken, unabhängige Forschungs- und Analysequellen fördern und Methoden für die Befragung der Öffentlichkeit entwickeln, so dass die Meinungen der unmittelbar von dem Gesetz und der Politik betroffenen Menschen berücksichtigt werden können. Bei ihrer eigenen Arbeit müssen die Parlamente enge Beziehungen zu akademischen Einrichtungen entwickeln, um den Zugang zu den besten verfügbaren wissenschaftlichen Informationen, z.B. über den Klimawandel, zu verbessern. Die Parlamente müssen auch in die Kapazitäten ihrer eigenen parlamentarischen Forschungsdienste investieren, um eine unparteiische Forschung und Unterstützung für alle Parlamentarier bereitzustellen.

Menschen mit ihren demokratischen Institutionen verbinden

Damit demokratische Systeme funktionieren, müssen die Menschen die Gelegenheit und den Willen haben, sich an ihnen zu beteiligen. Die Erhaltung des Vertrauens in die parlamentarische Demokratie erfordert einen regelmäßigen Austausch zwischen staatlichen Organen und der Öffentlichkeit. Wir müssen eine sinnvolle Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Arbeit des Parlaments fördern, die Vertrauen aufbaut und den Menschen dabei hilft zu sehen, dass ihre Interessen sich in der Politik widerspiegeln. Wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, dass eine Kultur des Engagements in unseren Parlamenten für vereinte und konzertierte Anstrengungen zur Förderung einer breiteren und tiefgreifenderen öffentlichen Beteiligung verankert werden muss.

Die Einbeziehung der Öffentlichkeit trägt auch zu einer inklusiven Entscheidungsfindung bei. Wir müssen auf eine inklusivere Form der Politik hinarbeiten und starke Verbindungen zwischen den Parlamenten und einer Vielzahl von Gemeinschaften herstellen, mit besonderem Schwerpunkt auf den am stärksten benachteiligten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Die Parlamente haben die Verantwortung, repräsentativer zu sein, auch in Bezug auf Frauen, junge Menschen, indigene Bevölkerungsgruppen, Minderheiten und andere unterrepräsentierte Gruppen in der Gesellschaft. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Generationen baut nicht nur Solidarität unter den politischen Akteuren aller Altersgruppen auf, sondern fördert auch die Einbeziehung der Sichtweise junger Menschen in die politischen Lösungen.

Führen in Krisenzeiten

Die COVID-19-Pandemie führt uns lebhaft vor Augen, dass Krisen häufig entstehen, wenn man es am wenigsten erwartet. Die Pandemie hat unsere staatlichen Systeme und unsere Fähigkeit, mit Notsituationen umzugehen, herausgefordert. Wir müssen aus dieser Erfahrung lernen und besser für die nächste Krise gewappnet sein.

Die Parlamente spielen eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Qualität der Notfallbereitschaft und ihrer eigenen Fähigkeit, Krisen zu bewältigen, wenn diese auftreten. Die Parlamente müssen außerdem sicherstellen, dass die demokratischen Prozesse in derartigen Situationen nicht unterminiert werden.

Krisenbewältigungspläne müssen ein integraler Bestandteil unseres Staatswesens sein. Die Vorschriften und Verfahren sowie die Rollen und Verantwortlichkeiten der politischen Akteure müssen in rechtlichen Rahmen oder in den Politiken klar dargelegt werden. Die Gewaltenteilung muss auch in Krisenzeiten gewahrt werden. Die Parlamente müssen in der Lage sein, ihr Kontrollmandat weiter auszuüben und das Handeln der Exekutive jederzeit zu überwachen.

Vor allem müssen Reaktionsfähigkeit und Inklusivität integrale Bestandteile jeder Krisenbewältigungsstrategie sein. Die Parlamente müssen mit den Menschen kommunizieren, um zu beweisen, dass sie hören, was die Menschen zu sagen haben, und dass sie sich mit Fragen von öffentlichem Interesse befassen.

Während der COVID-19-Pandemie ist es vielen Parlamenten gelungen, sich an die neuen Realitäten anzupassen und innovative Ansätze bei ihren Verfahren zu nutzen. Dennoch müssen wir uns noch sorgfältiger vorbereiten. Wir müssen die Nutzung digitaler Technologien bei den parlamentarischen Verfahren weiter verankern, um die Kontinuität der Arbeit in Notzeiten sicherzustellen, und neue Mechanismen für die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie Wege zur Verknüpfung von Gesellschaft und Behörden erkunden.

Wir erkennen an, dass die gegenwärtigen Herausforderungen für die Demokratie tief verwurzelt sind. Nichtsdestotrotz akzeptieren wir unsere Rolle und Verantwortung als Akteure zur Bewältigung dieser Herausforderungen und sind uns der Notwendigkeit bewusst, die Demokratie zugunsten des Gemeinwohls zu schützen. Wir erkennen die Notwendigkeit an, echte Führung zu zeigen, mutige und innovative Initiativen zu verfolgen und von unseren gegenseitigen Erfolgen und Misserfolgen zu lernen.

Als solche verpflichten wir uns, individuell und gemeinsam unser Äußerstes zu tun, um diese Herausforderungen zu überwinden, Gemeinschaft aufzubauen und unsere demokratischen Werte und Institutionen zu schützen und zu fördern.

b. Entschließung zum Dringlichkeitstagesordnungspunkt: Die Nutzung der weltweiten parlamentarischen Unterstützung für Impfgerechtigkeit bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie

Von der 143. IPU-Versammlung einstimmig verabschiedete Entschließung (Madrid, 29. November 2021)

Die 143. Versammlung der Interparlamentarischen Union,

mit Genugtuung über die am 26. Februar 2021 verabschiedete Resolution 2565 (2021) des UN-Sicherheitsrates; *unter Hinweis darauf*, dass das Recht auf den Genuss der höchstmöglichen körperlichen, seelischen und sozialen Gesundheitsstandards und des höchstmöglichen Wohlergehens ein Grundrecht ist, das in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Ziel 3 der Ziele für nachhaltige Entwicklung, der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation sowie in den meisten nationalen Verfassungen und anderen internationalen Verträge und Abkommen verankert ist, die von den Mitgliedstaaten der IPU unterzeichnet wurden;

ebenfalls unter Hinweis darauf, dass dieses Recht allen Menschen ungeachtet von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder anderer Weltanschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Besitz, Behinderung, Geburts- oder eines anderen Status gewährt wird;

in Kenntnis dessen, dass die Staats- und Regierungschefs der Welt am 23. September 2019 eine umfassende politische Erklärung zur Gesundheit auf dem Hochrangigen Treffen der VN zur Verwirklichung der allgemeinen Gesundheitsversorgung unter dem Titel „Allgemeine Gesundheitsversorgung: Zusammenstehen, um eine gesündere Welt zu schaffen“ unterstützt haben, in der sie sich verpflichteten, bei der Stärkung der Gesundheitssysteme zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass diese gerecht, resilient und in der Lage sind, den Bedürfnissen aller Menschen als eine wesentliche Priorität für die internationale Entwicklung nachzukommen;

in Anbetracht dessen, dass die IPU auf der 141. IPU-Versammlung in Belgrad im Oktober 2019 eine wegweisende Entschließung verabschiedete mit dem Titel „Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung bis 2030 erreichen: die Rolle der Parlamente bei der Gewährleistung des Rechts auf Gesundheit“, in der die Parlamente dazu aufgerufen wurden, alle rechtlichen und politischen Maßnahmen zu ergreifen, um eine flächendeckende Gesundheitsversorgung zu erzielen und die Hindernisse für einen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle zu beseitigen;

unter Hinweis darauf, dass die COVID-19-Pandemie eine fortwährende Nagelprobe für die Gesundheitssysteme und die Gesundheitssicherheit auf der ganzen Welt darstellt, sowie auf unsere Verpflichtung, in Wort und Tat eine flächendeckende Gesundheitsversorgung zu erreichen und die Hindernisse für den Zugang zur Gesundheit für alle in diesen Zeiten zu beseitigen;

in Anerkennung dessen, dass Impfungen Teil einer umfassenden Strategie zur Verringerung der Übertragung sind und Leben retten sowie zu den wichtigsten Instrumenten im Kampf gegen die Pandemie gehören, sowie *unter Bekräftigung der Tatsache*, dass eine umfassende Immunisierung gegen COVID-19 ein globales öffentliches Gut ist;

mit Genugtuung über die Tatsache, dass die COVID-19 Vaccines Global Access (COVAX)-Initiative bereits mehr als 550 Millionen Impfdosen in Länder mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen geliefert hat, darunter erhebliche Mengen gespendeter Impfdosen aus Ländern mit hohem Einkommen, und genügend Impfdosen gesichert wurden, um 43 Prozent der betroffenen Bevölkerung zu impfen;

besorgt darüber, dass Verzögerungen bei der Anerkennung und Zulassung von Impfstoffen die Gesundheits- und Entwicklungskrise, den Konjunkturabschwung und das Leiden, das die COVID-19-Pandemie unter den am stärksten Betroffenen in Afrika und anderen Regionen hervorgerufen hat, verkomplizieren und dass die Impfungleichheit zu sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit führt, was eine höhere Sterblichkeit und wachsende Armut zur Folge hat;

1. *ruft* die internationale Gemeinschaft und die WHO daher *auf*, die gemeinsamen Anstrengungen weiter voranzutreiben, um einen zeitnahen, gerechten und flächendeckenden Zugang zu sicheren, bezahlbaren, qualitativ hochwertigen und wirksamen Impfstoffen zu gewährleisten und in diesem Zusammenhang den Bedarf von Ländern mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen sowie der am stärksten betroffenen Regionen besonders zu berücksichtigen;

2. *ruft* die Länder *auf*, die Bedeutung des Grundsatzes der Gerechtigkeit anzuerkennen, d.h. dass alle Menschen gemäß ihrem Gefährdungsgrad und ihren Bedürfnissen geimpft sein müssen, und sicherzustellen, dass sich dieser Grundsatz auf nationaler und globaler Ebene in Bezug auf den Zugang zu wichtigen Impfstoffen widerspiegelt;
3. *ruft* die Impfstoffhersteller *auf*, regelmäßige, klare Lieferprognosen im Hinblick darauf zu treffen, wie sie ihren Verträgen mit der COVAX- und anderen maßgeblichen regionalen Initiativen nachkommen und sie priorisieren werden;
4. *ruft* die Impfstoffhersteller *darüber hinaus auf*, die Produktion von Impfstoffen durch die Nutzung flexibler Kooperationsmodelle wie den Aufbau von so genannten "Fill-and-Finish"-Produktionskapazitäten, Technologiepartnerschaften und Lizenzierungsaktivitäten zu verbessern;
5. *ruft* die Regierungen *auf*, alle gesetzlichen Anforderungen zu harmonisieren, um die Lieferung von Impfstoffen zu beschleunigen und die Logistik und Schulungen für die Umsetzung großangelegter Impfprogramme bereitzustellen;
6. *fordert* die Parlamentarier *nachdrücklich auf*, mit ihren nationalen Regierungen zusammenzuarbeiten, um einen globalen und kollektiven Einfluss auf die WTO auszuüben, damit alle Exportbeschränkungen und anderen Handelshemmnisse für COVID-19-Impfstoffe und die zu ihrer Herstellung benötigten Vorprodukte beseitigt werden;
7. *beharrt darauf*, dass sowohl nationale als auch internationale Anstrengungen zur Aufklärung über die Wirksamkeit von Impfstoffen, die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und die Verringerung der Impfskepsis unerlässlich sind, um ein ausreichendes Maß an Immunisierung auf der Welt zu erreichen, und dass erheblich mehr Anstrengungen auf diesem Gebiet erforderlich sind.

c. Entschließung des Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte: Die weltweite Gesetzgebung zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet

Von der 143. Versammlung der IPU einstimmig angenommene Entschließung (Madrid, 30. November 2021)

Die 143. Versammlung der Interparlamentarischen Union,

unter Verurteilung aller Formen der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet,

unter Hinweis auf das universell anerkannte Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes und seines Fakultativprotokolls betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität sowie die Leitlinien des VN-Ausschusses über die Rechte des Kindes im Hinblick auf die Umsetzung des Fakultativprotokolls betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie,

darüber hinaus unter Hinweis auf das weithin anerkannte Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (die sog. „Lanzarote-Konvention“),

ferner unter Hinweis insbesondere auf Artikel 19 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes betreffend den Schutz von Kindern vor jeder Form von Gewaltanwendung, Schadenzufügung, Misshandlung, Verwahrlosung oder Vernachlässigung, schlechter Behandlung oder Ausbeutung einschließlich des sexuellen Missbrauchs,

erneut erklärend, dass die allgemeinen Grundsätze des Übereinkommens über die Rechte des Kindes, darunter das Kindeswohl, Nichtdiskriminierung, Teilhabe, Überleben und Entwicklung, den Rahmen für alle Kinder betreffende Maßnahmen bilden,

in Anbetracht dessen, dass der Verkauf von, der Handel mit und die sexuelle Ausbeutung und der sexuelle Missbrauch von Kindern im Internet ein zunehmendes und internationales Problem darstellen, das einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Koordinierung bedarf, und *zur Kenntnis nehmend*, dass die Bekämpfung dieses Problems im Rahmen einer globalen Initiative mit hoher Priorität stattfinden muss,

zur Kenntnis nehmend, dass eine vielfältige Herangehensweise notwendig ist, um die sexuelle Ausbeutung und den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet auf allen Ebenen wirksam zu verhindern und zu bekämpfen, um Kinder vor dieser Form von Ausbeutung von Anfang an zu schützen,

eingedenk des Fehlens eines ausreichenden rechtlichen Rahmens, insbesondere rechtlicher Bestimmungen, die alle Formen der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet unter Strafe stellen, sowie von Haushaltsmitteln, technischen Fachkenntnissen und Personal in vielen Staaten für die effektive Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet,

in Anerkennung der wichtigen Rolle der Aufklärung der Öffentlichkeit, insbesondere von Eltern, Lehrkräften, Kindern und den Verantwortlichen vor Ort sowie in Parlamenten, Strafverfolgungsbehörden und allen weiteren zuständigen politischen Bereichen über präventive Maßnahmen und die schädlichen Folgen der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet,

in Anbetracht dessen, dass die Stimmen von Kindern im allgemeinen wenig oder unzureichend Gehör finden und dass Vertreter der Strafverfolgungsbehörden und Richter noch immer wenig oder überhaupt nicht informiert sind über Fälle von sexueller Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs im Internet, denen Kindern zum Opfer fallen können,

zur Kenntnis nehmend, dass maßgebliche (Sexual-)Erziehungsprogramme, Kommunikationskampagnen und Medienkompetenz als Grundlage für Präventionsmaßnahmen in allen kulturellen Milieus sowie die Aufklärung über die Tatsache, dass erweiterte digitale Fähigkeiten die Gefährdung der Opfer erhöhen und den für die sexuelle Ausbeutung und den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet verantwortlichen Tätern in die Hände spielen, von großer Bedeutung sind,

in Anerkennung der Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien im Leben von Kindern als neue Instrumente für Lernen, Sozialisierung, Meinungsäußerung, Inklusion und die Erfüllung der Rechte des Kindes und der Grundfreiheiten, wie das Recht auf Bildung und das Recht auf freie Meinungsäußerung,

in großer Sorge über die Gefahren neuer und sich entwickelnder Formen von Gewalt gegen Kinder, sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern im Zusammenhang mit der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien und Cybermobbing,

in Anbetracht dessen, dass Kinder sich in Fällen von sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch im Internet in einer prekären Lage befinden und im Zusammenhang mit der Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet ein auf die Bedürfnisse der Opfer zugeschnittener Ansatz sowie ein auf die Bedürfnisse von Kindern zugeschnittener Rehabilitierungsprozess wichtig sind,

in Anbetracht dessen, dass Minderjährige, die durch unmittelbare Ausbeutung oder Ausbeutung im Internet Opfer von sexueller Gewalt werden, häufig viele Jahre brauchen, bevor sie über das, was sie erlitten haben, sprechen, wenn sie es überhaupt tun, und dass es noch länger dauert, bevor sie rechtliche Schritte ergreifen,

eingedenk dessen, dass zwar in erster Linie Mädchen Opfer von sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet sind, jedoch auch viele Jungen davon betroffen sind, und Mädchen und Jungen im Hinblick auf Präventionsprogramme und deren Finanzierung unterschiedlich behandelt werden müssen,

eingedenk dessen, dass die Ausbeutung von Kindern auch ein wirtschaftlicher Akt ist und folglich von wirtschaftlichen Motiven getrieben sein kann,

zur Kenntnis nehmend, dass sich die Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet verkompliziert durch sich rasch weiterentwickelnde Technologien wie Kryptowährungen und Blockchains, die das Problem der fehlenden Rückverfolgbarkeit des Handels mit Material zur Ausbeutung von Kindern mit sich bringen, sowie die Zahl der Online-Plattformen und Apps und die Anonymität in sozialen Netzwerken, die die gezielte Verfolgung von Tätern erschwert,

unter Hinweis auf die Bedeutung der sektorübergreifenden, multidisziplinären und internationalen Zusammenarbeit bei der Strategie zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet sowie *in Anerkennung* der bestehenden Arbeit von Organisationen wie INTERPOL und der Internationalen Fernmeldeunion,

unter Hervorhebung der sozialen Verantwortung von Unternehmen, die privatwirtschaftliche IKT-Unternehmen im Hinblick auf die Bekämpfung, Verhinderung und Überwachung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet übernehmen müssen,

1. *fordert* diejenigen Parlamente, die dies noch nicht getan haben, *nachdrücklich auf*, zu erwägen, das Fakultativprotokoll betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie sowie das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zu ratifizieren;
2. *fordert* die Parlamente *nachdrücklich auf*, gezielte, umfassende und harmonisierte Rechtsrahmen für die Einführung von Gesetzen zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet auf nationaler Ebene zu schaffen und dabei das von der Globalen Allianz „WeProtect“ entwickelte Muster für nationale Reaktionsmaßnahmen als Leitbild für die Gesetzgebung zu betrachten, jedoch den Schutz der Meinungsfreiheit aufrecht zu erhalten, sowie die Mittel, die für diese Arbeit und für den Austausch untereinander über bewährte Praktiken auf diesem Gebiet zugewiesen sind, zu erhöhen;
3. *unterstreicht*, dass ein derartiger Rechtsrahmen alle Kinder unter 18 Jahren schützen sollte, ungeachtet eines niedrigeren Alters für die Zustimmung zu sexuellen Aktivitäten, dass er festlegen sollte, dass davon auszugehen ist, dass Kinder nicht in der Lage sind, ihre Zustimmung zu sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch im Internet zu geben, und dass er Bestimmungen beinhalten sollte, mit deren Hilfe eine erneute Traumatisierung und Viktimisierung der Opfer im Laufe des Ermittlungs- und Gerichtsverfahrens vermieden wird;
4. *fordert* die Parlamente *nachdrücklich auf* sicherzustellen, dass der nationale Rechtsrahmen umfassende Definitionen und eine Kriminalisierung aller Formen von sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet zu Gewinnzwecken sowie der Produktion, des Besitzes und des Vertriebs von Material, das die sexuelle Ausbeutung von Kindern zeigt, nebst dem wiederholten Zugang zu Webseiten, die derartige Bilder beinhalten, einschließt; die Gesetze müssen sexuelle Straftaten gegen Kinder im Internet außerdem als eine auslieferungsfähige Straftat erachten und eine rechtliche Grundlage für die gegenseitige Rechtshilfe zwischen den Staaten im Hinblick auf die Ermittlung von Straftaten im Internet etablieren;
5. *fordert* die Parlamente *darüber hinaus nachdrücklich auf*, dafür zu sorgen, dass eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden etabliert wird, um bereits auffällig gewordene Täter daran zu hindern, Missbrauch in anderen Ländern zu betreiben, und dabei die vorhandenen Bemühungen unter

Beteiligung von INTERPOL, der Internationalen Fernmeldeunion und anderen internationalen Organisationen zu berücksichtigen;

6. *fordert* die Parlamentsabgeordneten *auf*, die Notwendigkeit einer raschen und effektiven internationalen Zusammenarbeit und entsprechender Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden, z.B. die Beseitigung von Hürden, die dem Austausch wichtiger Informationen zwischen den Strafverfolgungsbehörden entgegenstehen, herauszustellen und die zunehmende illegale Nutzung von Kryptowährungen für den Handel mit Material, das die sexuelle Ausbeutung von Kindern zeigt, zu bekämpfen;

7. *betont* die Bedeutung eines strategischen Bekenntnisses der Privatwirtschaft zur Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden bei der Meldung, Verhinderung, Aufdeckung, Ermittlung und Strafverfolgung von sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauchs von Kindern im Internet sowie den Tätern sowie der Stärkung und Ausrüstung der Strafverfolgungsbehörden und des Justizsystems zur Gewährleistung eines kinderfreundlichen Systems, einschließlich spezieller Fortbildungen für die Aufdeckung und Untersuchung von Straftaten gegen Kinder sowie die besondere Behandlung, Betreuung und Befragung von Opfern im Kindesalter;

8. *fordert* die Parlamente *nachdrücklich auf* sicherzustellen, dass Technologieunternehmen sich verpflichten, die Transparenz- und Rechenschaftsmaßnahmen zur Verhinderung, Moderation, Meldung und Entfernung von sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet zu erhöhen, z.B. durch einen „Safety by Design“-Ansatz;

9. *fordert* die Parlamente *außerdem nachdrücklich auf*, eine umfassende Infrastruktur zu schaffen, auch mit ausgebildeten medizinischen Fachkräften, die Opfer der sexuellen Ausbeutung und des sexuellem Missbrauchs von Kindern im Internet und von Erpressung bei ihrer körperlichen und psychischen Erholung und gesellschaftlichen Integration unterstützt und die ein gesundes und unterstützendes Umfeld in ihren jeweiligen Staaten gewährleistet, durch das die erneute Viktimisierung von Mädchen, Jungen und Jugendlichen, die Opfer von sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch im Internet geworden sind, vermieden wird, sowie ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen beispielsweise für Bildungsprogramme, die auch für Kinder mit Behinderungen zugänglich sind sowie Hotlines für ein niedrigschwelliges Melden von vermutetem sexuellem Missbrauch von Kindern, Material und Helplines für die Opfer gewährleistet;

10. *fordert* die Parlamente *darüber hinaus nachdrücklich auf*, die Medienkompetenz von Kindern, Eltern und Erziehungsberechtigten zu fördern, um Wissen und Fähigkeiten für die Nutzung von Medien aufzubauen und auf diese Weise Schutz für Kinder und junge Menschen zu bieten;

11. *fordert* die Parlamente *nachdrücklich auf*, dafür zu sorgen, dass die Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet den unterschiedlichen Bedürfnissen und Erfahrungen von Kindern je nach Alter und Geschlecht Rechnung tragen, beispielsweise durch die Gewährleistung ihrer Beteiligung an der Entwicklung derartiger Maßnahmen;

12. *fordert* die IPU *auf*, ein Mustergesetz für die Staaten zu erarbeiten und im Interesse des Kindeswohls klare Gesetze für die Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet zu formalisieren, in denen die Rechte, Stimmen, Bedürfnisse und die Sicherheit von Kindern bei allen Verfahren, die ihr Wohlergehen betreffen, im Mittelpunkt stehen sollten;

13. *ruft* die IPU *außerdem auf*, einen parlamentarischen Leitfaden zu erstellen, der klare Arbeitsmechanismen für die Parlamente darlegt, und Gesetze zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet zu diskutieren; der Leitfaden sollte darüber hinaus Kontrollinstrumente für die Überwachung staatlicher Maßnahmen für den Schutz von Kindern einschließen sowie spezielle Handlungsmechanismen, die kompatibel mit den Parlamenten in den verschiedenen Regionen der Welt sind;

14. *erkennt* die aktive Rolle von Männern und Jungen als strategischen Partnern und Verbündeten bei der Veränderung von Normen und Praktiken *an*, die alle Formen der geschlechtsbezogenen Gewalt einschließlich der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet begünstigen;

15. *ersucht* die Parlamente, sich zu verpflichten, mit allen erforderlichen Mitteln die im Umgang mit Kindern geschulten Fachkräfte dahingehend zu fördern, dass sie Gewalttaten gegen Kinder identifizieren, und diese Fachkräfte diesbezüglich zu mobilisieren, insbesondere durch das Angebot von Fortbildungen zur Aufdeckung derartiger Gewalt und die Bereitstellung von Ressourcen und Beratungsmaßnahmen zur Weitergabe und Meldung solcher alarmierender Informationen;

16. *weist nachdrücklich darauf hin*, dass Kinder unter keinen Umständen für Missbrauch beschuldigt werden sollten und dass die Beschuldigung von Opfern mit allen Mitteln verhindert werden sollte;

17. *unterstreicht* die Bedeutung der Rolle von Armut, ungerechten sozioökonomischen Strukturen, fehlender Bildung, Geschlechterdiskriminierung und schädlichen traditionellen Praktiken für die sexuelle Ausbeutung und den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet, *unterstreicht* die Bedeutung der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen und fordert daher, die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Bekämpfung der Armut als einem wichtigen Einstiegspunkt zur Bekämpfung derartiger Verbrechen zu verstärken;

18. *ruft* die Parlamente *auf*, Gesetze zu erlassen, so dass Unternehmen der digitalen Wirtschaft Programme und Mechanismen entwickeln, um schädliche Inhalte im Zusammenhang mit der sexuellen Ausbeutung und dem sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet automatisch zu identifizieren und zu melden, und dass sie verpflichtet werden, diese Inhalte unverzüglich aufzudecken und zu löschen;

19. *ruft* die Parlamente *außerdem auf*, Methoden für die automatische Aufdeckung zu ermöglichen, unter Gewährleistung der Wahrung der persönlichen Integrität und eingedenk von Artikel 16 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes auf das Recht auf Privatsphäre sowie Artikel 17 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der das Recht auf Privatsphäre und Familie vorsieht;

20. *ruft* die Parlamente, Strafverfolgungsbehörden, Internet-Dienstleistungsanbieter und die Vertreter von Internet-Infrastruktureinrichtungen, darunter das Internet Governance Forum, *auf*, sich zusammenzuschließen und sich gemeinsam für die Schaffung eines speziellen und wirksamen Mechanismus einzusetzen, der alle böartigen Aktivitäten im Internet bekämpft;

21. *unterstreicht* die Notwendigkeit von nachhaltigen Bildungsmaßnahmen für die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker, Strafverfolgungsbehörden, Beschäftigte im Bildungssektor und Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, und für die Öffentlichkeit, darunter Kinder und ihre Eltern, deren Schwerpunkt auf dem digitalen Kulturwandel bei Jugendlichen liegt;

22. *fordert* die IPU *auf*, regelmäßige Sitzungen und Workshops mit der VN-Sonderberichterstatterin betreffend Kinderhandel und Kinderprostitution sowie anderen Akteuren und globalen Aktivisten zur Bekämpfung dieses Phänomens zu planen und dabei globale Initiativen zur Verhütung und Bewältigung dieses Problems zu betonen; fordert die Parlamente darüber hinaus *auf*, sich über Aktivitäten der IPU Informationen in Bezug auf bewährte Praktiken und erfolgreiche Erfahrungen zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet auszutauschen.

XIII. Reden der Delegationsmitglieder

Rede des Abgeordneten Till Mansmann (FDP) am 29. November 2021

Sehr geehrte Mitglieder der IPU,

wir als Menschen und als Vertreter unserer Nationen haben mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Was uns eint, erscheint offensichtlich, wie die Annahme, dass jeder Mensch die gleichen Rechte hat und in gleichem Maße würdig ist, dass man seine Rechte schützt. Historisch gesehen sind diese Annahmen jedoch keineswegs so selbstverständlich, wie es heute erscheinen mag. Vor mehreren Jahrzehnten hätte man diese Ideen als radikal und subversiv erachtet. Es ist ein Zeichen von immensem beiderseitigem Respekt, ein Schriftstück wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu erarbeiten.

Es ist unsere Aufgabe, diese gemeinsamen Werte zu betonen und sie uns zu vergegenwärtigen.

Die Schaffung einer supranationalen Gesellschaft ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit, denn heute stehen wir zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit vor gemeinsamen Problemen, die wir nur über einen globalen gemeinsamen Kampf lösen können – wie die Bekämpfung des Klimawandels. Wie können wir unter diesen Umständen einen gemeinsamen Markt oder einen gemeinsamen Rechtsrahmen aufbauen, wenn wir keine gemeinsame Identität besitzen?

In den letzten zehn Jahren haben wir ein wachsendes Bewusstsein in Bezug auf die Lösung globaler und spieltheoretischer Probleme auf supranationaler Ebene erlebt. Die Europäische Union beispielsweise hat durch die Standardisierung und Harmonisierung des Rechts viele Vorteile mit sich gebracht, so dass alle ihre Mitglieder, die aus verschiedenen Ländern unterschiedlicher Größe und Kulturen aus ganz Europa bestehen, zunehmend einander auf Augenhöhe begegnen. Diesem supranationalen politischen Aufbauwerk liegt der wirtschaftliche Wettbewerb zugrunde. Es sei daran erinnert, was der Ursprung des Friedensprojekts der Europäischen Union war: Sie nahm ihre bescheidenen, gleichwohl außergewöhnlichen Anfänge mit der Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die dann auf die gesamte Wirtschaft ausgeweitet wurde; die Politik folgte nach.

Die Europäische Union kann ein Muster für weitere supranationale Strukturen weltweit sein: Wir sehen eine Vielzahl globaler Probleme, die nicht nur unsere Aufmerksamkeit, sondern auch unsere gemeinsamen Anstrengungen erfordern, damit sie gelöst werden.

Umweltprobleme wie die Verschmutzung der Ozeane, die Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf den globalen Klimawandel, das Coronavirus oder die Migrationskrise können nicht von einer Nation allein gelöst werden. Diese Projekte müssen von uns allen angegangen werden.

In den letzten zehn Jahren haben wir eine immer radikalere Spaltung des Denkens in Bezug auf umstrittene Themen feststellen können. Ich denke hier an die derzeitigen Konflikte mit Impfgegnern, Diskussionen über Migration und Grenzschutz in verschiedenen Regionen der Welt, die Umbrüche, mit denen wir bei der Transformation unserer Volkswirtschaften aufgrund der Bekämpfung der menschlichen Komponente des Klimawandels umgehen müssen, oder aber Strategien zur Bekämpfung der Trennung der Menschen in Reich und Arm.

Als deutscher Staatsbürger habe ich ein geteiltes Land erlebt, und noch heute stelle ich Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen fest. Deutschland hat diese Trennung größtenteils überwunden, doch trotz mehr als dreißigjährigen Wiedervereinigungsbemühungen ist dieser Prozess immer noch nicht abgeschlossen. Die weltweiten Probleme sind größer als die Herausforderungen in Bezug auf die Vereinigung eines Landes, daher dürfen wir nicht erwarten, leichte und schnelle Lösungen für die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu finden.

Die Lehre, die ich daraus ziehe, ist, dass wir ein großes Maß an Geduld brauchen, um Mauern zu überwinden. Nicht nur die physischen Mauern, sondern auch die in unserem Kopf. Wandel kann man nicht von heute auf morgen erzwingen, nicht einmal in totalitären Regimen. Die Parlamente in allen Ländern geben uns den geeigneten politischen Instrumentenkasten an die Hand, um alle widerstreitenden Interessen, die wir bewältigen müssen, miteinander in Einklang zu bringen. Jede Gesellschaft braucht ein gemeinsames Narrativ, gemeinsame Werte, um eine gemeinsame Identität zu teilen, und eine globale Gesellschaft benötigt globale Werte und auch eine Art gemeinsame menschliche Identität.

Bei alledem sehen wir uns vielen Konflikten gegenüber. Unser Ziel sollte es sein, der Art und Weise, wie wir miteinander umgehen, genügend Beachtung zu schenken: Vor allem sollten wir die Würde der Mitmenschen achten, mit denen wir uns auseinandersetzen.

Schließlich sind die wirksamsten Lösungen für globale Probleme starke und verlässliche multilaterale Verträge. Obwohl der Schutz der Würde aller Menschen die Grundlage für unsere Diplomatie bilden muss, muss das Ergebnis die globale Einhaltung der Verträge sein.

Je stärker unsere Volkswirtschaften miteinander verflochten sind, umso wohlhabender und friedliebender werden alle unsere Völker sein.

Es gibt Menschen, insbesondere am Rande des politischen Spektrums, die Ihnen erzählen möchten, dass der globale Wohlstandskuchen nur eine begrenzte Größe hat und wir nur darüber reden können, wie wir ihn verteilen. Dies ist eine engstirnige Sicht. Die schiere Menge des Wohlstands und der Güter, die wir in den vergangenen Jahrzehnten erschaffen haben, hat alle Erwartungen übertroffen. In dieser wirtschaftlichen Macht liegt die Grundlage für die kommenden Lösungen für unsere globalen Herausforderungen.

Es ist eine großartige Leistung brillanter Männer und Frauen, die zusammengearbeitet haben, und ein Merkmal des Fortschritts der gesamten Menschheit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Rede des Abgeordneten Ullrich Lechte (FDP) am 29. November 2021

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, Darstellungen der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet sind eine ernste Angelegenheit – ich würde sogar so weit gehen, von einer globalen Epidemie der sexuellen Gewalt und des Kindesmissbrauchs im Internet zu sprechen.

Das Internet erleichtert den Zugang, dient als Treffpunkt und ermöglicht einen leichten Kontakt zu Kindern. In jeder Sekunde werden zahllose Bilder und Videos hochgeladen. Sie sind ein Nährboden für sexuelle Gewalt und Missbrauch und haben sowohl physische als auch schwere psychische Folgen, die sich in hohem Maße auf das Leben von Kindern auswirken und es verändern.

Durch das Internet hat eine sehr viel größere Anzahl von Menschen Zugang zu derartigen Inhalten, von denen offline nur ein sehr eingeschränkter Kreis Kenntnis hätte. Schädliche Fotos oder Sexvideos können schnell verbreitet werden und sind dann nicht mehr kontrollierbar. Gleichzeitig nutzt die digitale Anonymität den Tätern und erschwert eine Strafverfolgung.

Um diese Probleme in den Griff zu bekommen, ist ein globaler und umfassender Ansatz notwendig. Dies erfordert erstens einen stärkeren und einheitlicheren Rechtsrahmen in allen Mitgliedsparlamenten. Zweitens müssen die Parlamente der Mitgliedstaaten Gesetze erlassen, die die Herstellung, Verbreitung und den Verkauf über das Internet sowie den Besitz von Inhalten, die die sexuelle Ausbeutung von Kindern zeigen, unter Strafe stellen. Drittens müssen die Parlamente der Mitgliedstaaten die globale Zusammenarbeit im Hinblick auf die Strafverfolgung durch den Austausch relevanter Informationen verstärken.

Schließlich benötigen wir verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern in den Bereichen Prävention und Intervention, so dass sexuelle Straftaten sehr viel früher, als es heute der Fall ist, aufgedeckt werden können – dies erfordert mehr Aufklärung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, die schutzbedürftigsten Mitglieder unserer Gesellschaft zu schützen und eine Kultur der Wachsamkeit zu schaffen, um sexuelle Gewalt im Internet zu bekämpfen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

